

Calmer Tagblatt

Nr. 99.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Verlagspreis: Einmal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile zu 1.50 Pfennigen für 2. — Mit Samstagsheften kostet ein Jahrgang von 100. — — Fernr. 9.

Samstag, den 29. April 1922.

Verlagspreis: In der Stadt mit Erdreich 38. — wöchentlich. Postgebühren 33. — mit Fernr. — Schluß der Anzeigenannahme 4 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Prozeß des Privatsekretärs des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten gegen bayerische Zeitungen hat nun mit der Vernehmung wichtiger Persönlichkeiten begonnen.

Aus einer Erklärung des deutschen Reichsfinanzministers ist zu ersehen, daß im Jahr 1921 die Einnahmen aus Steuern und Abgaben 900 Milliarden ergeben haben, 60 Prozent mehr als der Vorschlag vorgesehen hatte.

Die Ueberreichung des Memorandums der Alliierten an Rußland, das gewisse finanzielle Zugeständnisse enthalten soll, ist wiederum verzögert worden. Die Gründe sind im Augenblick nicht zu ersehen, sie werden aber wohl auf neue Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und den anderen Ententemitgliedern zurückzuführen sein.

Den „Pakt“, der einen 10jährigen „Frieden“ für Europa vorsieht, wollen die Alliierten anscheinend nun doch durchbringen. Es wie es jetzt aussieht, würde er für Deutschland große Gefahr bedeuten, wenn nicht gewisse Sicherungen gegen die den Franzosen darin vorgesehenen „Sanktions“-Maßnahmen geschaffen werden.

Die Konferenz von Genua.

Um den Inhalt des Memorandums der Entente an Rußland.

Genua, 28. April. (Reuter.) In gewöhnlich gutunterrichteten italienischen Kreisen wird der Inhalt des Memorandums, mit dem die Mächte die Gegenvorschläge Rußlands beantwortet und das der russischen Delegation wahrscheinlich heute überreicht werden wird, folgendermaßen skizziert: Es wird in dem Memorandum der Grundgedanke der Herabsetzung der Kriegsschulden zugehört und innerhalb gewisser Grenzen die Verpflichtung der Westmächte, die die Expeditionen Koltshals, Denelins und Wrangels subventionierten, anerkannt, für den durch diese Expeditionen herbeigeführten Schaden Ersatz zu leisten. Ferner wird das Memorandum eine Formel vorschlagen, die, ohne die wirtschaftlichen Grundzüge der russischen Sowjetregierung zu berühren, doch das in Rußland angelegte ausländische Kapital völlig sicherstellen wird. Es soll in dem Memorandum nichts enthalten sein, was Rußland zu demütigen geeignet ist, und die Unterhandlungen sollen auf der Grundlage des gegenseitigen guten Willens abgeschlossen werden. Während in italienischen Kreisen bezüglich der Verhandlungen mit Rußland ein optimistisches Empfinden vorherrscht, fehlt dieses Empfinden bezüglich des Abkommens über den Burgfrieden, dessen Abschluß, wie man fürchtet, schwieriger sein wird als der des Abkommens mit Rußland, obwohl sein schließliches Gelingen nicht bezweifelt wird.

Berlin, 28. April. Wie die Blätter aus Genua melden, hatten die Franzosen und die Belgier an der gestrigen Abendberatung über den Schlusstext des den Russen zu übergebenden Memorandums nicht mehr teilgenommen. Das Schriftstück wurde von den Engländern und Italienern allein fertiggestellt. Die Einleitung zu dem Schreiben enthält die in dem Londoner Memorandum überhaupt nicht erwähnten wirtschaftlichen und finanziellen Hilfsangebote an Rußland. Das Schreiben selbst zählt in 10 Artikeln anstatt der 28 des Londoner Schriftstückes die Bedingungen auf, die als Minimum für eine Kreditgewährung von Rußland verlangt werden müssen. Das Schreiben trägt besonders den souveränen Rechten der Russen innerhalb ihres Landes Rechnung. Es verlangt jedoch die Anerkennung der Vorkriegsschulden, die gegenseitige Abrechnung der Kriegsschulden und Schadenersatz für die sozialisierten Werte durch KonzeSSIONen von 20jähriger Dauer. — Also wirtschaftliche Behandlung wie etwa China und die Türkei.

Barthou verschiebt seine Reise nach Paris.

Paris, 28. April. Zu der Reise des französischen ersten Delegierten, Barthou, nach Paris schreibt der „Temps“, Barthou werde vor dem Ministerrat vor allem über den Stand der russischen Frage und den Plan des europäischen Schutzabkommens, sowie über die Einberufung eines Rats der Alliierten gehört werden. Bevor er sich für 78 Stunden nach Paris begibt, habe er abwarten wollen, bis die Konferenz genügend fortgeschritten sei und insbesondere die Grundlinien des Ultimatus (?) an die russischen Vertreter feststünden, was nach der heutigen Nachmittagsitzung der Fall sein werde, und bis der von Lloyd George eingebrachte, von Bensch vervollständigte und von Barthou abgeänderte Plan des Schutzabkommens feste Gestalt angenommen hätte.

Paris, 28. April. Die „Agence Havas“ meldet aus Genua: Barthou, der heute Genua verlassen wollte, um sich nach Paris zu begeben, mußte seine Reise verschieben, bis die Bedingungen des Ultimatus an Rußland von dem Unterausschuß für russische Angelegenheiten, der heute vormittag 11 Uhr tagen wird, festgestellt sind.

Die Uebergabe des Memorandums an die Russen aufs Neue verzögert.

Berlin, 28. April. Die Sitzung der politischen Unterkommission, die für heute vormittag angesetzt war, und in der den Sowjetvertretern das Memorandum überreicht werden sollte, fand nicht statt. Sie wurde vorläufig auf nachmittags verschoben, da am Vormittag erneut Besprechungen der Alliierten stattfinden sollten. — Poincaré hat in einem Telegramm Barthou angewiesen, die volle Anerkennung der russischen Schulden und des ausländischen Privateigentums zu verlangen. Dieses Telegramm soll die Verschiebung der Kommissionssitzung veranlaßt haben.

Lloyd George i. unverzügliche Zusammenberufung des Obersten Rates.

Paris, 28. April. Wie der Sonderberichterstatter des „Journal“ aus Genua mitteilt, hat Lloyd George die Absicht, falls Poincaré sich weigern sollte, nach Genua zu gehen, die Einberufung des Obersten Rates in eine andere Stadt vorzuschlagen, die Genua möglichst nahe gelegen sei. Diese Zusammenkunft solle unverzüglich stattfinden.

Die Russen wollen weiterverhandeln.

Genua, 28. April. Der Volkskommissar des Auswärtigen, Tschitscherin, hat der Havas-Agentur eine Erklärung abgegeben, der zufolge Rußland nicht den geringsten Wunsch hat, die Verhandlungen abbrechen, es aber beabsichtigt, den Grundgedanken seiner Souveränität und der Gegenseitigkeit als allein mögliche Grundlage für die Eintracht der Völker und den wirtschaftlichen Wiederaufbau gemäß den Grundideen der Canner Beschlüsse zu verfechten.

Berlin, 28. April. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Genua erklärte Katowski gestern Abend, daß Rußland bereit sei, die Schuldenverpflichtungen bis 1917 anzuerkennen und zwar in vollem Umfang. Weiter teilte Katowski mit, daß das Erbrecht für Ausländer in Rußland wiederhergestellt werde. Er erklärte schließlich, daß Rußland gewillt sei, dem Burgfriedensvertrag beizutreten, aber nur, wenn es de jure anerkannt werde.

Der Charakter der deutsch-russischen Beziehungen.

Genua, 27. April. Die Delegation der russischen föderativen Sowjetrepublik hatte heute Abend eine Anzahl von Mitgliedern der deutschen Delegation zu einem Abendessen geladen. Der Einladung waren der Reichskanzler Dr. Wirth, der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rathenau und der Reichswirtschaftsminister Schmidt gefolgt. Tschitscherin begrüßte die Gäste als Vertreter des ersten großen Landes, das durch einen Vertrag auf der Basis friedlicher Zusammenarbeit zu Sowjetrußland in normale Beziehungen getreten sei. Reichskanzler Dr. Wirth betonte in seinem Trinkspruch, der dem russischen Volk galt, den wirtschaftlichen Charakter des Vertrags, der nicht den Interessen einer Nation, sondern ganz Europa und der Menschheit zu dienen bestimmt sei.

Zusammenschluß der russischen Randstaaten.

Berlin, 29. April. Aus Genua meldet das „Berliner Tageblatt“, daß dort ein Einvernehmen zwischen Litauen, Lettland und Estland zustande gekommen ist, das eine Arbeitsgemeinschaft zwischen diesen drei Staaten schafft und Litauen aus seiner bisherigen Isolierung wegen der Winafrage erlöst.

Wiederaufnahme der gesamten Reparationsfrage durch Lloyd George?

London, 28. April. „Exchange Telegraph“ meldet aus Genua, von maßgebender Seite werde mitgeteilt, daß Lloyd George entschlossen sei, alle Reparationsfragen sowohl bezüglich der Zahlungen als auch der Sanktionen auf der Versammlung der Unterzeichner des Friedensvertrags aufzuwerfen.

Die Deutschen in der Tschechoslowakei gegen Beteiligung an den Zwangsmaßnahmen gegenüber Deutschland.

Prag, 28. April. Die deutsch-bürgerlichen Senatoren brachten eine dringende Interpellation ein, worin sie gegen die eventuelle Beteiligung der Tschechoslowakei an Sanktionsmaßnahmen gegen Deutschland feierlich Einspruch erhoben und die Regierung um eine öffentliche Erklärung darüber gebeten wird. Eine Anfrage gleichen Inhalts richteten die deutschen sozialistischen Senatoren an die Regierung. Von tschechischer Seite wurde erwidert, daß es sich lediglich um halbtägige Gerüchte handele.

Ausland.

Deschanel †

Paris, 28. April. Der ehemalige Präsident der französischen Republik, Paul Deschanel, ist heute nachmittag gestorben. — Deschanel, der lange Jahre Präsident der französischen Kammer war, gehörte auch zu der Kriegsbegeisterung gegen Deutschland. Schon anlässlich der französischen Pressebege gegen England im Burenkrieg hatte er in nicht mißzuverstehender Weise davon abgeraten, im Hinblick auf „wichtigere politische Ziele“ Frankreichs.

Die „liebenswürdigen“ Amerikaner.

Washington, 28. April. Wie verlautet, hat Präsident Harding an den König von Ägypten eine Botschaft gerichtet, in der er zum Ausdruck bringt, daß das amerikanische Volk auf die Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen rechne.

Die größte Stadt der Welt.

Nach der Neuperter Volkszählung von 1920 zählte die Stadt Newyork im Januar 7 820 676 Einwohner, 344 508 Einwohner mehr als London im Juni 1921 zählte.

Deutschland.

Die Gewalt Herrschaft im besetzten Gebiet.

Berlin, 29. April. Wie die „Halleische Allgemeine Zeitung“ mitteilt, ist der Landtagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei im Wahlbezirk Halle-Merseburg, Heidenreich, am Mittwoch in Düsselndorf von den Besatzungsbehörden verhaftet worden. Er hatte anfangs dieser Woche eine Reise ins Rheinland unternommen, um dort eine Reihe politischer Vorträge zu halten. Ueber die Gründe seiner Verhaftung ist bis jetzt nichts bekannt.

Ablehnende Haltung der badischen Industriellen zum Vergleichsvorschlag des Reichsarbeitsministers

Mannheim, 28. April. Der Verband badischer Metallindustrieller in Mannheim hat heute nachmittag in einer Mitgliederversammlung den Vergleichsvorschlag des Reichsarbeitsministers, der die 47stündige Arbeitswoche mit einer im Bedarfsfall zu leistenden Ueberstunde vorschlägt, abgelehnt.

Gegen die Streikführung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner.

Berlin, 29. April. Nach einer Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ hat der Vorsitzende der Fachgewerkschaft 2 das Verbleiben seiner die Schaffner, Oberbahnhöfer und Zugführer umfassenden Vereinigung in der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten davon abhängig gemacht, daß die beiden Führer Menne und Scharfschwerdt von ihren Posten zurücktreten.

Zur Frage der Viehbliebung.

Berlin, 28. April. Zu einer Anfrage des Abgeordneten Schlittenbauer im bayerischen Landtag wegen Vergebung der Viehbliebung an Italien teilt die Viehbliebungskommission mit, daß sie ursprünglich ausschließlich mit dem bayerischen Organisationen in Verbindung trat, und mit diesen einen Vertrag abschloß, der aber nicht erfüllt wurde. Darauf wandte sie sich an die Firma Wertheimer, die um mehr als drei Millionen Mark billiger lieferte. Die Vermutung des Dr. Schlittenbauer, daß Wertheimer durch Vergünstigungen anderweitig schadlos gehalten wurde, sei unzutreffend.

Konferenz der Finanzminister der Einzelstaaten.

Optimistische Auffassung des Reichsfinanzministers über unsere Finanzlage.

Würzburg, 28. April. Die Konferenz der Finanzminister der deutschen Länder eröffnete Reichsfinanzminister Dr. Hermes mit einer Ansprache, in der er ausführte, daß es eine Lebensnotwendigkeit des Reiches sei, die Länder und die Gemeinden lebensfähig zu erhalten. Auch das Reich sei in allen seinen Gliedern einiger denn je. Der Finanzminister hob ferner hervor, daß die Finanzverfassung und Finanzverwaltung des Reiches durch die Gesetzgebung von 1919 und 1920 auf völlig neuer Grundlage geordnet worden sei. Die Buch der Lasten hätte unauffällig daraufhin gedrängt. Der Finanzminister teilte mit, daß für das Rechnungsjahr 1921 die Einnahmen des Reiches aus Steuern und Abgaben annähernd 90 Milliarden betragen haben, was gegenüber einem Vorschlag von 56,6 Milliarden ein Mehr um etwa 60 Prozent bedeute. Wenn dieses Ergebnis auch zum Teil auf die Geldentwertung zurückzuführen sei, so stelle es andererseits doch einen sichtbaren Beweis dafür dar, daß die Finanzverwaltung des Reiches nunmehr laufe. Man dürfe hier-

kunft
gen des
egts. 27
ai 1922,
Saalbau“
ngerstraße,

kunft
onnen
nkelacker'schen
geffen geboten.
enkunft.

willkommen!
Dr. Bischof,
14 II.

die
bberg

enbach
Hirsch“

altung

rg.

n Saale
Dreif
ger=
rs.

er, Lederstr.
175.

ier

berg reund-

in Weinberg.

le,
e, Holzhauser

enzell.

ins Ausland

gränzte

Calw u. Nagold
Tel. 126.

nde

in Drucksachen
Rechnungen,
n, Preislisten
dieses Blattes.

nach die Hoffnung haben, daß auch die letzten Schwierigkeiten der Umstellung bald überwunden sein würden.

Würzburg, 28. April. Reichsfinanzminister Dr. Hermes fuhr fort: Der Schuldenstand des Reiches von etwa 5000 bis 6000 Mark auf den Kopf der Bevölkerung wird jedenfalls in keinem Lande auch nur annähernd erreicht. Soweit die Ausgaben der Länder sich im Augenblick übersehen lassen, weisen sie nicht bloß in ihrer relativen Höhe, sondern auch in dem ganz verschiedenen Verhältnis der Steigerung so auffallende Unterschiede auf, daß der Gedanke nicht fortzuweisen ist, es müsse in dem einen oder in dem anderen Falle doch größere Sparmaßnahmen, über deren dringende Notwendigkeit wir auch ausnahmslos einig sind, möglich und erwägenswert sein. Auf der anderen Seite sind die Realsteuern zwar in zahlreichen Ländern neu geordnet. In diesem Falle ist die Lage noch lange nicht voll ausgenutzt. In diesem Falle ist die Lage der Gemeinden ganz wesentlich schwieriger als die der Länder. Auch ihre Not wird nur gemessen werden an der Not des Reiches. Es ist notwendig, die finanziellen Beziehungen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden einer eindringlichen Nachprüfung zu unterziehen und ihre Neuregelung auf einer Grundlage anzustreben, die allen Beteiligten die finanzielle Lebensfähigkeit gewährleistet. In erster gemeinsamer Arbeit mit Ihnen bin ich bereit, nach einem Weg zu suchen, der jedem von uns gangbar erscheint. Dabei muß aber wieder darauf hingewiesen werden, wie außerordentlich beschränkt der Kreis der Möglichkeiten ist. Es handelt sich im wesentlichen um zwei große Fragen. Die eine betrifft die Einnahmen der Länder und Gemeinden an eigenen Steuern und aus Anteilen an den Reichsteuern, die andere dagegen die Zuschüsse, die Länder und Gemeinden aus Anlaß der Erhöhung der Beamtengehälter erhalten werden. Werden die Gehälter abermals erhöht, so steigen auch die Zuschüsse des Reiches automatisch mit, sodaß eine Deckung durch Reichsteuereinnahmen je länger desto mehr aus dem Reich der Möglichkeit rückt. Es wird dahin zu streben sein, daß die Zuschüsse zu einer für das Reich selber etatsmäßig vertretbaren Ausgabe und für die Haushaltungen der Länder und Gemeinden zu einer Einnahme gestaltet werden, die möglichst zum Voraus berechenbar ist und zwar auf einer auch für die künftigen Gebaltsveränderungen gültigen Grundlage. Bei einem System fester Zuschüsse wird den Ländern und Gemeinden einerseits ein geregelter Haushalt ermöglicht und andererseits ihre Finanzhoheit gewährleistet. Mögen die jetzigen Besprechungen dazu beitragen den Geist der Einigkeit und das Vertrauen zu fördern, das es dem Reich und allen seinen Mitgliedern ermöglichen kann aus schwerer Zeit gefestigt und gestärkt hervorzugehen.

Der Prozeß Fehrenbach.

Um die bayerischen Gesandtschaftsberichte.

München, 28. April. Einen Höhepunkt des heutigen Verhandlungstages bedeutet die Vernehmung des früheren Legationssekretärs der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, Freiherrn v. Schoen. Dieser gab Aufschluß über die in der Gesandtschaft abgehaltene Besprechung Eisners mit den Beamten der Gesandtschaft, mit dem Mitglied der Waffenstillstandskommission, von Stockhammern, und dem bayerischen Legationsrat Baron Gebattel. Nach den Aufzeichnungen des Zeugen erklärte damals Eisner, daß er durch Professor Förster in ständiger Fühlungnahme mit Clemenceau sei und daß Clemenceau ihn auf diese Weise habe wissen lassen, daß derartige rückhaltlose Bloßstellungen der früheren deutschen Nachrichten, wie dies durch die Veröffentlichung des Schoenschen Berichts in Bezug auf die Schuld am Kriege erfolgen könne, die erste Vorbedingung zu einer wahren Völkerveröhnung seien. Eisner erklärte weiter, Clemenceau, Lloyd George und Wilson seien 3 der größten Idealisten, die nicht daran dächten, das deutsche Volk zu vernichten. Darauf habe von Stockhammern ausgeführt, daß er in seiner Eigenschaft als Mitglied der Waffenstillstandskommission sich davon habe überzeugen können, daß die Verhandlungen im Gegenteil ergaben, daß die Franzosen das deutsche Volk doch vernichten wollten. Darauf sei Eisner aufgesprungen und habe gerufen: „Das wird von den Gegnern der Revolution in die Welt gesetzt, um die berechtigte Wut des Volkes, die sich gegen sie richten würde, auf die Entente abzuwälzen. Ich aber habe das größte Zutun zu der Entente und lasse mich darin nicht ertreten.“ Aus den weiteren Zeugenvernehmungen ist die des früheren bayerischen Gesandten in Berlin, Grafen Verchenfeld, hervorzuheben, der angab, daß der Bericht des Herrn v. Schoen sich in vollkommenster Uebereinstimmung mit der Weltlage befand. Der Bericht des Herrn v. Schoen sei an die bayerische Regierung gerichtet gewesen, also an die Wissenden, die wußten, daß weder der Kaiser, noch der Reichskanzler einen allgemeinen Krieg entfesseln wollten. Wenn sein Bericht an den Grafen Hertling für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen wäre, so hätte er ihn noch schärfer abgefaßt. Eine doppelte Buchführung, wie sie von klägerischer Seite behauptet werde, sei nicht möglich. In seiner ganzen Praxis sei nicht ein einziges Mal doppelte Buchführung vorgenommen worden. In dem Bericht des Herrn v. Schoen seien 3 Punkte des Ultimatums erwähnt, während das Ultimatum 10 Punkte enthalten habe. Jedenfalls sei es nicht wahr, daß Graf Hertling das Ultimatum, wie es war, kannte. Bis zu einem gewissen Grade sei er natürlich orientiert gewesen. Entweder habe ihn der französische Gesandte mißverstanden, oder dieser habe die betreffende Bemerkung beigefügt. Im übrigen ist für den Zeugen die Sache durchaus klar. Nach seiner Uebersetzung hat weder der Reichskanzler noch die Reichsregierung Kenntnis von dem Ultimatum gehabt. Einen besonders starken Eindruck machte die Erklärung des Freiherrn von Versner, der eingehend die demütigende Behandlung schilderte, die ihm und den anderen Mitgliedern der deutschen Friedensdelegation zu Teil wurde. Der Zeuge fährt diese Behandlung größtenteils auf die Veröffentlichung Eisners zurück, da er auch in Privatgesprächen über die Schuldfrage öfter hören mußte: „Und Eisner?“ — Staatsrat von Böhl gab an, daß er bei Ausbruch der Revolution 3 Originale von Vorkriegsberichten der bayerischen Gesandtschaft habe vernichten

Öffentliche Bekanntmachung.

Bekanntmachung betr. die Errichtung

einer Entwässerungsgenossenschaft in Liebelsberg.

Die am 27. April 1922 erfolgte Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats Liebelsberg auf Errichtung einer Wasser-Genossenschaft zur gemeinschaftlichen Dränung von Acker- und Wiesland in den Gewanden „Lehen am Waidbrunnen, im vorderen Lehen, Lehen, auf der Höhe, Hausgärten, Rab, an der langen Gasse, Ulrichswäsen und am Ulrichswäsen“ der Markungen Liebelsberg hatte folgendes Ergebnis:

Von 35 Teilnehmern mit einem Steuerkapital von 811 M 85 S haben mit „Ja“ 12 Teilnehmer mit einem Steuerkapital von 828 M 95 S abgestimmt. Nicht erschienen bzw. als zustimmend anzusehen waren 21 Teilnehmer mit einem Steuerkapital von 457 M 71 S. Somit waren insgesamt als zustimmend anzusehen 33 Teilnehmer mit einem Steuerkapital von 786 M 66 S.

Mit „Nein“ haben abgestimmt 2 Teilnehmer mit einem Steuerkapital von 25 M 19 S.

Dies wird mit dem Anfügen bekannt gegeben, daß den Beteiligten das Recht zusteht, innerhalb einer Frist von 2 Wochen vom Tage der Abstimmung an dem Oberamt die dem beschlossenen Unternehmen entgegenstehenden Gründe mündlich oder schriftlich darzulegen.

Calw, den 27. April 1922.

Oberamt: G. S.

lassen, um sie nicht in die Hände der Revolutionäre und damit in die Hände der Feinde fallen zu lassen. Er habe aber Eisner davon Mitteilung gemacht und die Abschriften dieser Berichte befohlen, die den vollen Namen von Schoens trugen.

München, 29. April. Graf Verchenfeld meldete sich nochmals zur Aussage und legte ein Schreiben des Grafen Hertling vom 11. Dezember 1914 auf seinen Brief vom 9. Dezember 1914 vor, in dem Graf Hertling betont, daß seine Kenntnis über das Ultimatum vor dessen Publikation sich nur auf den Schoenschen Bericht stütze und daß er es für ausgeschlossen halte, daß er gegenüber dem französischen Geschäftsträger die Kenntnis des Ultimatums zugegeben habe. Vor allem habe er keine Kenntnis von der außerordentlich scharfen Form der an Serbien gestellten Forderungen gehabt. — Das Gericht beschloß, beim Auswärtigen Amt nochmals telegraphisch anzufragen, ob es den Fürsten Lichnowski nicht doch von der Schweigepflicht entbinden wolle. — Sachverständiger Graf Montgelas erklärte, daß in der Eisnerschen Veröffentlichung aus dem Schoenschen Bericht gerade die Stellen fortgelassen seien, aus denen hervorgehe, daß die Berliner Regierung den Krieg nicht wollte. Der gekürzte Bericht, bei dem eine ungemein schwere Entstellung der ganzen Tendenz vorliege, habe eine verhängnisvolle Wirkung auf das Ausland ausgeübt. Der Bericht der Untersuchungskommission lasse keinen Zweifel an der bedeutenden Wirkung des Berichts auf die 14 Mitglieder der Kommission. Der Sachverständige führte die Kriegsschuldfrage insbesondere auf die heute noch gegen Deutschland wegen seiner Haltung auf der Haager Abrüstungskonferenz betriebene Stimmungsmache zurück. Der russische Abrüstungsvorschlag wurde in Haag in der Form, in der er gemacht wurde, einmütig gegen die Stimmen der Russen abgelehnt. Nach seinen genauen Nachforschungen gab es keine geheime Instruktion des deutschen Kaisers an den damaligen Staatssekretär von Tschirsky, daß Dörflich die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen solle, ohne einen Schlag zu tun. Er wies ferner auf eine Bemerkung im Register des englischen Blaubuches Nr. 6 hin, die lautet: „Ergebnisse des Reife Poincares nach Petersburg.“ Im Blaubuch selbst sei aber nichts über das Ergebnis enthalten. Man habe jedoch vergessen, die Bemerkung in dem Register nachträglich zu streichen. Der Sachverständige wies schließlich noch nach, daß die falsche Nachricht von der deutschen Mobilmachung (Extrablatt des „Berliner Lokalanzeigers“) nicht nach Petersburg kam, weil zu dieser Zeit bereits der Telegraph in Rußland wegen der russischen Mobilmachung geperzt war.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 29. April 1922.

Vom Rathaus.

* Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner fand am Donnerstag mittag eine öffentliche Sitzung des Gemeinderats statt. Zur Beratung standen die durch die fortschreitende Teuerung notwendig gewordenen Anträge auf erneute Erhöhung der Preise für Strom, Gas, Holz und Wasser. Der Vorsitzende gab eine eingehende Darstellung über die Verhältnisse. Infolge der Trockenheit des letzten Jahres würden die Rechnungsergebnisse beim Elektrizitätswerk für 1921 voraussichtlich sehr ungünstig werden. Nach einer Mitteilung des Gemeindeverbands kommen heute 10 Tonnen Kohlen auf 10 400 Mark gegenüber 188 Mark Friedenspreis. Deshalb muß die Stadt für Tagesstrom vom Gemeindeverband ab 1. Mai 5,30 M (Friedenspreis 5,65 Pfg.) bezahlen, für Nachtstrom 2,25 M. Für Verwaltungskosten wird ein Zuschlag von 30 Pfg. (bisher 20 Pfg.) pro Kilowattstunde verlangt. Auch die sonstigen Materialpreise seien gewaltig gestiegen, sowie insbesondere die Gehälter und Löhne. Dazu kommen noch umfangreiche Reparaturkosten. Nach dem Vorschlag belaufe sich der Abmangel für Mai auf 22 000 M. Die Einnahmen im Mai werden auf 76 670 M. veranschlagt, wovon 66 600 M. für Stromeinnahmen. Die Ausgaben betragen 98 670 M., wobei eine Abschreibung von 10 000 M. als Zuschuß an die Stadtkasse vorgesehen ist, und eine Rücklage von 15 000 M., wie sie jeden Monat erfolgen soll. Ab 1. Mai soll nun der Strompreis für Licht von 4 auf 6 M. erhöht werden, der Preis für elektrische Kraft von 4 auf 4,50 M. Die Abschreibung und Rücklage ersuchte der Vorsitzende im Interesse der Wirtschaftlichkeit des Werks zu genehmigen. Auf diesbezügliche Anfrage teilte der Vorsitzende mit, daß der heutige Anschaffungswert der Werkseinrichtung ungefähr 5 Millionen betrage. Im Hinblick auf die Rücklagen, gegen die Bedenken erhoben wurden, erklärte der Vorsitzende, es gingen in der Stadt gegenwärtig mancherlei Gespräche, daß die Stadt sehr gute Finanzverhältnisse aufzuweisen habe, namentlich infolge der günstigen Ergebnisse der Holzverkäufe. Dem

gegenüber bemerkte er, daß diese Ansichten durchaus falsch seien. Wenn man nur daran denke, daß in diesem Jahre 20 Wohnungseinheiten auf dem Kapellenberg errichtet werden sollen und 10 vom Staat gebaut würden, wozu die Stadt ebenfalls Bauzuschüsse zu leisten habe, so werde man zu einer anderen Auffassung kommen, denn diese 30 Wohnungseinheiten erfordern einen städtischen Zuschuß von etwa 1 350 000 M. Sehr ungünstig seien auch die Verhältnisse im Wasserwerk, das infolge der großen Trockenheit des letzten Jahres sehr viel Geld gelostet habe, da man 20 000 Kilowatt Strom für die Pumparbeiten gebraucht habe. Man sei gezwungen, den Wasserzins zu erhöhen. Am 1. April 1921 betrug er 40 Pfg., später wurde er auf 80 Pfg. erhöht, und jetzt wird eine Erhöhung auf 1,50 M. pro Kubikmeter Wasser vorgeschlagen. Beim Wasserwerk sollen nur die allernötigsten Abschreibungen erfolgen; Rücklagen werden nicht vorgeschlagen. Die Einnahmen aus dem Wasserzins betragen im letzten Jahre 60 000 M., was aus der Mitte des Kollegiums als sehr gering bezeichnet wurde. Die Pauschalgebühren sollen eine Erhöhung von 150 % erfahren, die Wassermessergebühren eine solche von 100 %. In demselben Verhältnis wie die Wasserzinsgebühren sollen auch die Müllabfuhrgebühren erhöht werden; die Erhöhung wird mit dem Hinweis darauf begründet, daß der Fuhrlohn im September noch 11,40 M. betragen habe, während er ab 1. April 4,5 M. betrage. Zu dem Antrag der Erhöhung der Gas- und Kokspreise bemerkte der Vorsitzende, daß die 10 Tonnen Kohlen im Februar je nach Qualität 4910—6170 M. gekostet haben, im März 6112—8903 M., im April 7480—9570 M., ab 20. April 9500—11 500 M. Dazu kommen noch die Frachterhöhungen um 20 %, die beim Gaswerk sehr einschneidend seien. Der Gaspreis soll also von 4 M. auf 6 M. in Calw, von 4,30 M. auf 6,50 M. in Hirau erhöht werden. Die Kokspreise sollen folgende Neuregelung erfahren: Brechkoks von 60 auf 80 M., Grobkoks von 59 auf 79 M., Bohnenkoks von 54 auf 72 M., und Abfallkoks von 35 auf 60 M. Nach den alten Sätzen würden die Einnahmen im Mai 149 600 M. betragen, die Ausgaben 209 700 M. Die Gas- und Kokspreise sollen von 80 S auf 1 M. erhöht werden. Sämtliche Anträge wurden ohne wesentliche Erörterung genehmigt, da sie von der allernötigsten Entwicklung der Teuerung diktiert sind, also eine Ablehnung für die Wirtschaftlichkeit der Werke von folgenreicher Wirkung sein müßte. — Auch die ab 1. Mai neu vereinbarten Teuerungszuschläge für die Gemeindefunktionen zwischen dem Arbeitgeberverband des Städtetags und dem württembergischen Gemeindefunktionärverband wurden zur Kenntnis genommen; für Calw kommt eine Erhöhung im allgemeinen um 3 M. pro Stunde in Betracht. Gelehrte Arbeiter erhalten jetzt 14,60 M. Stundenlohn, angeleitete Arbeiter 13,80 M., und ungelernete Arbeiter 13,30 M. Dazu kommt die übliche Kinderzulage von 100 M. pro Monat. Im Zusammenhang mit dieser Neuregelung wurde auch der Grundlohn für Nichtwohlarbeiter festgesetzt. Es handelt sich hier um die städtischen Tagelöhner, deren Lohn jetzt von 7 auf 9,50 M. die Stunde erhöht wurde. — Die Belohnung des Farrenhalters Kusterer für die Haltung der beiden Farren wurde von 4000 auf 9000 M. erhöht; Schreiner Heugle erhält für die Bleigebodhaltung 2000 M. — Kupferschmied Badenhuth in der Fingelgasse hat um Ueberlassung des städtischen Wagenmagazins in der Stuttgarter Straße mit zugehörigem Areal im Gesamtumfang von 16 Ar nachgesucht, da er seine Werkstätte außerhalb der Stadt verlegen und auch entsprechend vergrößern möchte. Die Abtretung des Gebäudes samt Areal wurde unter folgenden Bedingungen zugesagt. Der Gesuchsteller soll für Abtretung des Gebäudes und Platzes 80 000 M. bezahlen; außerdem soll er auf seine Kosten einen Schuppen in derselben Größe wie das Wagenmagazin (16,5 Meter lang und 6,5 Meter tief) mit Eisenkonstruktion und Wellblechverkleidung beim Gaswerk erstellen. Der Schuppen soll zur Einstellung von Wagen und sonstigem städtischem Material dienen. Herr Badenhuth hat sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt. Das Gesuch wurde von den Gemeindefunktionen Sannwald und Staudenmeyer auch deshalb befürwortet, weil Herr Badenhuth als strebsamer Mann bekannt sei und die Erhaltung eines solchen Betriebs für Stadt und Bezirk von Vorteil ist. — Die Verhandlungen mit Buchhändler Kirchner bezüglich seines Gesuchs um Abtretung städtischen Geländes von den Badwiesen zwecks Erweiterung seines Kartonnagebetriebs sind noch zu keinem Ergebnis gekommen, da G. R. Kirchner sich weigert, Gelände zu einem städtischen Zugang zu den Badwiesen abzutreten. Buchhändler Kirchner will auch noch eine Dreizimmerwohnung über dem neu zu errichtenden Geschäftsbau herstellen. Das Kollegium kam wiederholt zu dem Entschluß, daß man ohne die Erlangung eines Zugangs zu den Badwiesen, der als öffentliches Bedürfnis zu betrachten sei, nicht entgegenkommen könne. Es sollen jedoch nochmals Verhandlungen an Ort und Stelle gepflogen werden. — Auf entsprechende Anfragen der Stadtverwaltung bezüglich der Frage des Baus von Beamtenwohngebäuden und des Amtsgerichtsgebäudes ist nun nach Mitteilung des Vorstehenden vom Finanzministerium, Bauabteilung, eine Antwort dahin eingegangen, daß an der Altbürgerstraße ein Haus mit 6 Wohnungen (für die Landsäuer) erstellt werde, und außerdem an der Panoramastrasse ein Neubau mit 2 Wohnungen (Oberamtsarzt und ein weiterer Beamter). Im Hinblick auf das schwierige Baugelände wird aber eine entsprechende Unterstützung der Gemeinde gewünscht. Außerdem will das Bezirksbeamt in der Altbürgerstraße auch noch eine Dreizimmerwohnung im Dachstock erstellen. — Stadtbaumeister Herboldheimer ersucht um Enthebung seines Amtes als Mitglied der Schätzungskommission bezüglich der Wohnungsmieten, weil er es im Hinblick auf die heutigen Bau- und Reparaturkosten als unwürdig betrachtet, wenn bei monatlichen Mietzinserhöhungen von 5 M. die Schätzungskommission angerufen werde, und ihre Zeit verschäumen müsse. Der Ansicht, daß wegen solcher Erhöhungen die Schätzungskommission nicht angerufen werden sollte, wurde allseitig Ausdruck gegeben und der ebenso einmütige Wunsch ausgesprochen, daß die Hausbesitzer und Mieter nochmals versuchen möchten, zu einer Verständigung über die Schätzungen zu gelangen. Die vorläufige Beibehaltung der Kommission wurde jedoch für notwendig erachtet, da ihre Ansichten bei Streitfällen für die Entscheidung des Mieteinigungsamts als Grundlage dienen. — Der Reinertrag der letzten Wohltätigkeitsveranstaltungen der Bürgergesellschaft in Höhe von 1200 M. wurde zur Anschaffung einer Schaukel für die Kleinkinderschule benützt. — Der von

figende dan
eines Qua
Waltwirt
Infolge der
rückgehe, f
Dem Bun
Katsstube
der Mädch
städtische
Stadt für
Die tüchtig
der hiesige

Am
mittags,
Calw an
Dienst

Bon zu
angeiger
samtreger
lichen Betr
ante, Ang
der Arbeit
ten um Di
zu entspre
eine Einb
Angestellte
auf Bun
rechnung a
säumte Ael

Das V
garter Ze
gewissen
Schlußfolg
vielen Se
Januar 19
hörige Sel
hender die
lechtsinnig
guriügelaf
Alkohol, v
Menschen
Lebensunt
treffende
Wohltwolle
innerer H
onzahlung
geben. D
nicht abge
Furcht vor
mord erfol
ten fand e
gab, daß e
lung oder
flüchtigen
1. 22 ist
beträgt ab
hauptfähig
freien Arb
Vertrag zu
Reich zur
keit wo de
stellen muß
dazu, durch
ziehen G

In ein
Angeklagte
stände vorge

1 ca 8
2 Kolle

So
So
3 Stück

Die G
der Angekl.
die Eigentü
ermittelt
Sagren we
erzucht hiem

Ihre Eigentü
beim Amtsq
1922, mach
ausreichende
stände nach
Die Ge
von den Ge
Amisse

Die Eie
keinen auf
geben. Sch
lags 6 Uhr.

M ä t
findet leicht
Behandlung.
Frau Di
Stadbad,

haus falsch seien. Ihre 20 Wohnungszimmer und 10 vom Bauzuschüsse zu Leistung kommen, denn diesen Zuschuß von die Verhältnisse im des letzten Jahres hat Strom für die den, den Wasserzins, später wurde er auf 1.50 M pro Deck sollen nur die werden nicht vorbetragen im letzten als sehr gering eine Erhöhung von solche von 100 % den sollen auch die wird mit dem im September noch 15 M betrage. Zu esse bemerke ber je nach Quali-8903 M, im April Dazu kommen noch sehr sehr einsehne 6 M in Calw, von die Kostpreise sollen auf 80 M, Grob-72 M, und Abfall- den die Einnahmen 700 M. Die Gas- den, Sämtliche An- igt, da sie von der sind, also eine Ab- folgen schwerer W- inbarten Teuerung- Arbeitgeberverband einarbeiterverband mit eine Erhöhung Gelernte Arbeiter Arbeiter 13.80 M, die übliche Kinde- ung mit dieser Neu- arbeiter festgesetzt, er, deren Lohn jetzt Die Belohnung des iven Farben wurde erhält für die Ble- en huth in der Wagenmagazins in im Gesamtumfang überhalb der Stadt Die Abtretung Bedingungen zu- schändes und Platz Kosten einen Schup- n (16,5 Meter lang Wellblechverklebung Anstellung von Wagen Badenhuth hat sich Besuch wurde von den mehr auch treibbarer Mann be- lebs für Stadt und n mit Buchhändler tung städtischen Ge- seines Kartonnage- da G. R. Ströherr g zu den Bedwiefen ch eine Dreizimmer- bau herstellen. Das f man ohne die Er- als öffentliches Be- könne. Es sollen je- le gepflogen werden. haltung bezüglich ber ab des Amtsgerichts- gängen, daß an der r die Landjäher) er- läße ein Neubau mit Beamter). Im Hin- r eine entsprechende em will das Bezirks- Dreizimmerwohnung cholzheim er- der SchätzungsKom- s im Hinblick auf die big betrachtet, wenn die SchätzungsKom- men müsse. Der An- ungskommission nicht ud gegeben und der die Hausbesitzer und erkündigung über die haltung der Kommis- Anträgen bei Strei- gungsausschuss als Grund- hftigkeitsveranstat- wurde zur Anschaf- benützt. — Der Vor-

hende dankte auch Herrn Fabrikant S a n u a l b für Ueberlassung eines Quantums Reis an Bedürftige der Stadt. — Das Gesuch von Gastwirt G l ü c k um Genehmigung des Ausschanks von Bier, da infolge der stetigen Steigerung der Weinpreise der Weinkonsum zurückgehe, soll befürwortend dem Bezirksrat weitergegeben werden. Dem Wunsch des Gesuchstellers nach Bezeichnung seines Betriebs als „Kastube“ wurde stattgegeben. — Der Fachlehrer B r a u n an der Mädchennittelschule wird aus Anlaß ihrer Zurücksetzung eine städtische Ehrenerkennung überreicht, in der ihr der Dank der Stadt für ihre treuen und segensreichen Dienste ausgesprochen wird. Die tüchtige und allseits beliebte Lehrerin hat seit Oktober 1892 an der hiesigen Schule gewirkt.

Zugverkehr.

Am Montag, den 1. Mai, fallen die Züge Calw ab 5.03 vor- mittags, Pforzheim an 6.10 und Pforzheim ab 3.43 nachmittags, Calw an 4.48, aus.

Dienstregelung für den 1. Mai bei den staatlichen Behörden.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Der heutige „Staats- anzeiger“ veröffentlicht folgende amtliche Bekanntmachung der Gesamtregierung: Der Dienst bei den Staatsämtern und in den staat- lichen Betrieben ist am 1. Mai wie an Werktagen auszuüben. Be- amte, Angestellte und Arbeiter, die an diesem Tage dem Dienst oder der Arbeit fernbleiben wollen, haben rechtzeitig bei ihren Vorgesetz- ten um Dienstbefreiung nachzusuchen. Solchen Anträgen ist insoweit zu entsprechen, als die notwendige Fortführung der Geschäfte dadurch keine Einbuße erleidet. Die bewilligte Freizeut ist bei Beamten und Angestellten auf den Erholungsurlaub anzurechnen. Das gleiche kann auf Wunsch bei Arbeitern geschehen; wird von diesen nicht um An- rechnung auf den Erholungsurlaub nachgesucht, so wird für die ver- säumte Arbeitszeit kein Lohn gewährt.

Von der Reichswehr.

Das Wehrkreiskommando V teilt mit: In einigen Stutt- garter Zeitungen wurden Artikel veröffentlicht, in denen aus gewissen Vorurteilen unter den Reichswehrangehörigen Schlußfolgerungen gezogen wurden. Namentlich wurde auf die vielen Selbstmorde hingewiesen. Es trifft zu, daß seit dem Januar 1922 vier in Württemberg stationierte Reichswehrange- hörige Selbstmord verübt haben. Die Gründe waren nach ein- gehender dienstlicher und gerichtlicher Feststellung im ersten Falle leichtsinniger Lebenswandel. Der Betreffende warnt in einem zurüdgebliebenen Notizbuchvermerk seine Kameraden vor dem Alkohol, von dem sie an ihm sehen könnten, wie weit er einen Menschen bringen könne. Im zweiten Fall handelt es sich um Lebensunlust. In einem zurüdgebliebenen Brief dankt der Be- treffende seinem früheren Hauptmann ausdrücklich für sein Wohlwollen. Der Grund für einen weiteren Selbstmord ist in innerer Haltlosigkeit, finanziellen Schwierigkeiten, Alimentati- onszahlungen und Angst vor einer gerichtlichen Bestrafung ge- geben. Die Untersuchung über den dritten Selbstmord ist noch nicht abgeschlossen. Offenbar handelt es sich um Neude oder Furcht vor Bestrafung wegen der eine Stunde vor dem Selbst- mord erfolgten Ueberführung eines Diebstahls. In allen Fäl- len fand eine gründliche gerichtliche Untersuchung statt, die er- gab, daß eine Beziehung des Selbstmords zu schlechter Behand- lung oder dergl. nicht in Frage kam. — Die Zahl der Fahnen- flüchtigen bei den in Württemberg liegenden Truppenteilen seit 1. 1. 22 ist, absolut genommen, allerdings bedauerlich hoch. Sie beträgt aber noch nicht einmal 0,5 Prozent. Die Gründe sind hauptsächlich in der Verlockung des besseren Verdienstes auf dem freien Arbeitsmarkt und in der Knebelung durch den Verfallter Vertrag zu suchen, wonach jährlich nur 5 Prozent im ganzen Reich zur Entlassung kommen können. Die jegliche Uebergangs- zeit wo der Soldat sich erst auf eine 12jährige Dienstzeit ein- stellen muß, verleitet manchen, dem diese Zeit zu lang erscheint, dazu, durch Fahnenflucht sich seiner Dienstverpflichtungen zu entziehen. Es kommt noch hinzu, daß die sehr intensiven und mit

großen Geldmitteln durchgeführten Werbungen für die Fremden- legion auch in der Reichswehr einige Opfer gefunden haben. Wie wenig die immer wiederholte Warnung vor der Fremden- legion auf Verständnis gestossen ist, ergibt sich daraus, daß sogar ein deutscher Lehrer es fertig gebracht hat, seinen Sohn, der bei der Reichswehr ist, der Fremdenlegion schriftlich anzubieten und um seine Aufnahme nachzusuchen. Die Untersuchungen bis jetzt haben ergeben, daß ein dienstlicher Grund oder schlechte Behandlung in keinem Fall der Beweggrund für die Fahnen- flucht war. Das Bestreben des Soldaten, nach Ablauf seiner Dienstzeit in einer Beamtenstelle Verwendung zu finden, liegt ganz im Interesse der militärischen Stellen und wird von ihnen auf das wärmste unterstützt. Die Verhehung weiter Volks- kreise ist es, die den Wehrmachtangehörigen ihr Dasein und ihre Berufszufriedenheit erschwert, wie dies der kürzlich erfolgte grundlose Ueberfall auf einen Reichswehrangehörigen in Lud- wigsburg wieder gezeigt hat.

Mutmaßliches Wetter am Sonntag und Montag.

Wiedezum kommt Hochdruck auf, der diesmal eine längere Dauer verspricht. Am Sonntag und Montag ist trodenes und milderes Wetter zu erwarten.

Zum Metallarbeiterstreik.

Ein Einigungsvorschlag des Stuttgarter Oberbürgermeisters. (SGB.) Stuttgart, 28. April. Nach dem Scheitern der Ein- gungsverträge des Reichsarbeitsministers hat heute Oberbürger- meister Dr. L a u e n s c h l a g e r - Stuttgart den Vertretern der württembergischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände Vergleichsvorschläge unterbreitet. Der Vergleichsvorschlag lautet folgendermaßen: 1. Die Arbeit wird sofort, womöglich am Dienstag den 2. Mai vormittags wieder aufgenommen. 2. Alle über 25 Jahre alten Arbeiter erhalten zu ihren bisherigen Grundlöhnen (Stundenlohn bzw. Akkordverdienst) und den bis- herigen Teuerungszulagen (ab 1. Dez. 2 M, ab 1. Febr. 1 M) weiterhin die Zulagen des Schiedspruchs vom 24. Februar (ab 16. Febr. 1 M, ab 6. März 1,70 M, dazu die Erhöhung der Verheiratetenzulage um 30 Pfennig), sowie ab 2. Mai eine weitere Zulage, welche für den über 25 Jahre alten Arbeiter 5,50 M beträgt, für die anderen Altersklassen entsprechend ab- gestuft wird. 3. Die Sätze des Schiedspruchs vom 24. Febr. werden für die Zeit bis zum Tag der Einstellung der Arbeit nachbezahlt. 4. Die Urlaubsregelung erfolgt nach den Bestim- mungen des neuen Heidelberger Abkommens. 5. Die regel- mäßige reine Arbeitszeit beträgt ab 2. Mai 47 Stunden, ab 1. Juni 48 Stunden. 6. Damit wieder ein richtiges Verhält- nis zwischen Grundlohn und Teuerungszulagen herbeigeführt wird, empfehle ich den Parteien, zu gegebener Zeit sich über eine Bereinrechnung des größeren Teils der Teuerungszulagen in die Grundlöhne zu verständigen.

Kleine Anfrage.

(SGB.) Stuttgart, 27. April. Die Abgg. K l e i n und R ö r - n e r haben folgende kleine Anfrage im Landtag eingebracht: Es werden in den Oberämtern Crailsheim, Gerabronn und Mergentheim die Bauernhäuser von Kärnbergern und Würt- bergern überlaufen und zum Teil unter Drohungen Kartoffeln erbeutet. Diese Kartoffeln werden dann an den Bahnhöfen an Meißbietende weiter verkauft. Die Landwirtschaft ist durch die überhandnehmende Unsicherheit in ihrer Arbeit gehemmt und bittet dringend um sofortige Abhilfe und scharfes Vorgehen gegen diese Schmarotzer. Was gedenkt die württ. Staatsregie- rung zu tun, um diesem Unfug entgegenzutreten. Wir begnügen uns mit schriftlicher Antwort.

Jahresversammlung des Evang. Pfarrvereins.

(SGB.) Stuttgart, 27. April. Bei der Jahresversammlung des Ev. Pfarrvereins in Württemberg hielt Prof. D. Dr. von Wurster-Lübingen einen Vortrag über den „Religionsunterricht des Pfarrers unter den neuen Verhältnissen“. In einer Ent- schließung erklärten sich die Geistlichen unter Würdigung dessen,

was die Lehrgesellschaft für die religiöse Schulung und Erziehung leistet, mit Freuden bereit, den Religionsunterricht soweit mög- lich in erweiterem Umfang zu übernehmen und richteten im Blick auf städtische Verhältnisse zugleich an Regierung und Land- tag die Bitte um Mittel zur Errichtung von Pfarrstellen für Re- ligionsunterricht in den Volksschulen. Zwei weitere Entschlie- sungen wandten sich gegen die wirtschaftliche Benachteiligung der Pfarrer im Verhältnis zu anderen Beamten.

Schömburg, O. A. Neuenbürg, 29. April. Der hiesige Gesangverein Germania feiert im Juli sein 25jähriges Bestehen verbunden mit einem großen Gesangswettstreit. Gesungen wird in 2 Klassen, Ber- eine bis 35 und solche über 35 Sänger. Jeder Verein singt nur einen selbstgewählten Chor. Als Preisrichter wählten drei auf dem Gebiete des Männergesangs bewährte und anerkannte Fachmänner. Zur Preisverteilung gelangen wertvolle Ehrenpreise, Medaillen und künstlerisch ausgeführte Diplome. Es soll also ein Wettstreit im guten, alten Sinn werden.

(SGB.) Eßlingen, 28. April. Unter ungeheurem Andrang be- handelte der Gemeinderat die Frage der Unterführungen an die durch den Metallarbeiterstreik in Not geratenen Familien. Ein Antrag der inneren Abteilung fand Annahme, daß dort, wo wirkliche Not vorhanden ist, durch den Fürsorgeauschuß helfend eingegriffen wird. Demokratie und Bürgerpartei lehnten eine Unterstützung der Strei- kenden aus öffentlichen Mitteln grundsätzlich ab, erklärten sich aber bereit, daß das Fürsorgeamt in außerordentlichen Notfällen unter Mitwirkung der Gewerkschaften eingreife. Mit 15 gegen 11 Stim- men bei 1 Enthaltung wurde beschloffen, am 1. Mai die städt. Kanz- leien und Betriebe zu schließen. — Die Straßenbahntarife wurden erhöht. Für 2 Teilstrecken müssen nunmehr 1,50 M, für die Fahrt Oberöschlingen—Schloßplatz Stuttgart 5 M. bezahlt werden. Man rechnet mit einer monatlichen Mehreinnahme von 350 000 M. — Das Krankenhaus hat einen Abmangel von 165 000 M, weshalb die Ver- pflegungssätze erhöht werden, ebenso die im Kinderheim.

(SGB.) Friedrichshafen, 28. April. Der Bodensee steigt jeden Tag um einen Zentimeter und hat schon den Wasserstand von 2,40 Meter erreicht. Aller Voraussicht nach wird er im Sommer eine Wassermenge aufweisen, wie schon viele Jahre nicht mehr.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar gilt heute 282,50 M, der Schweizer Franken 55,20 M.

Märkte.

(SGB.) Pfullingen, 28. April. Dem Viehm arkt waren 35 Kühe und Kalbinnen, sowie 50 Stück Jungvieh zugeführt. Bei flauem Handel wurden bezahlt für Kühe und Kalbinnen 25 000 bis 30 000 M, für Jungvieh 7000—15 000 M je pro Stück. Milch- schweine kosteten bei einer Zufuhr von 15 Zaat 1700—1900 M pro Paar. Der Preis für Fiegen betrug 300—800 M.

Spar- und Vorschussbank Calw.

Amliche Börsenkurse vom 28. April 1922 (ohne Gewähr)

Staatsanleihen.	Aktien.
5% Reichsanleihe	Deutsche Bank
4% do.	Disconto-Gesellschaft
Sparprämienanleihe	Dresdner Bank
4% Würt. Staats-Obl.	Württ. Vereinsbank
3 1/2% do.	Junghans Gebr.
4% Bad. Obl. von 1891	Daimler
4% Bayer. Obl.	Esslinger Masch.
4% Oesterr. Goldrente	Bad. Anilin u. Soda-Fabr.
4% Ungar. do.	Hapag
Pfandbriefe.	Nordd. Lloyd
4% Würt. Hyp.-Bank	Brauerei Wulle
3 1/2% unvert.	Cement Heidelb.
4% Cred.-Ver. unk. 20	Phönix Bergw.
4% Vereinsbank	Devisen.
4% Frankl. Hyp. Bank	Deutsch-Oesterreich
4% Credit-Ver.	Schweiz
4% Rhein.Hypbk. kdb. 23	Holland

Bankmäßige Geschäfte aller Art. — Sparkasse.

In einer hier anhängigen Strafsache wurden bei dem Angeklagten anlässlich einer Hausdurchsuchung folgende Gegen- stände vorgefunden und beschlagnahmt:

- 1 ca 8 Mr. langer Gartenhlauch aus Gummi,
 - 2 Rollen Cosmos-Dachpappe, von der Firma Heinrich Brenning Nachfolger, Stuttgart, Johannesstraße 31,
 - 3 Stück je 1 Mr. lange verzinkte Firzbleche.
- Diese Gegenstände stammen aus Diebstählen her, die der Angekl. ausgeführt hat und wegen deren er bestraft wurde. Die Eigentümer der Gegenstände konnten aber bis jetzt nicht ermittelt werden. Da, wie gerichtsbekannt, in den letzten Jahren wiederholt speziell Gartenhlauch gestohlen wurden, ergeht hiemit an die Eigentümer die

Öffentliche Aufforderung
Ihre Eigentumsansprüche an den betreffenden Gegenständen beim Amtsgericht Calw bis längstens Samstag, 13. Mai 1922, nachzuweisen. Nach Ablauf dieser Zeit oder bei nicht ausreichendem Nachweis der Eigentümer wird über die Gegen- stände nach der Vorschrift des Gesetzes verfügt.
Die Gegenstände können während der Geschäftsstunden von den Beschädigten auf dem Amtsgericht angesehen werden.
Amtsgericht Calw, den 28. April 1922.
Amtsrichter Dr. Otto.

Altburg.
Die Lieferung und Befuhr von 100 cbm Kalk- steinen auf die Straßen wird im Submissionswege ver- geben. Schriftliche Angebote erbittet bis 4. Mai nachmit- tags 6 Uhr.
Schultheißenamt.

Mädchen
Für Tochter aus gutem Hause wird bis 1. Juni Lehrstelle frei bei Luise Pfommer, Georgenäum.

Amerikanisches Weizen-Mehl
Nr. 0 empfiehlt billigst.
Bei Mehrabnahme Preisermäßigung.
Karl Gehring,
Mehl- und Mehlhandlung,
Lederstraße.

Hausbackofen,
wenig gebraucht,
sowie großen gebrauchten
Dauerbrand- ofen
wie neu, für großes Lokal,
verkauft
Conrad Lebzelter,
Bad Liebenzell,
Fernsprecher 23.

10 junge Legehühner und 1 Hahn,
sowie fortlaufend
junge Gänsechen
hat zu verkaufen.
Karl Klemm, Hirsau,
Lorchhäuschen.

An unsere Leser!
Durch Gewerkschaftsbeschluß muß die organisierte Arbeiterschaft den
1. Mai
durch Arbeitsruhe festlich begehen,
wir sind insgedessen
nicht in der Lage
an diesem Tage
eine Zeitung herauszugeben.
Die nächste Nummer unseres Blattes erscheint am Dienstag, den 2. Mai.
Unsere Geschäftsräume bleiben am 1. Mai geschlossen.
Berlag des „Calwer Tagblatt“.

Aufforderung zur Nachversteuerung von Bier.
Wer am 1. Mai 1922 Bier im Besitz oder Gewahr- sam hat, muß nach § 2 der Biernachsteuerordnung (R.-G.-Bl. v. 1922 S. 445) es spätestens bis zum 5. Mai d. J. dem Zollamt seines Bezirks zur Nachversteuerung anmelden. Bier, das sich am 1. Mai 1922 unterwegs befindet, ist vom Empfänger anzumelden, sobald es in dessen Besitz ge- langt ist.
Von der Anmeldung und Nachversteuerung sind Mengen bis zu 2 hl frei. Befinden sich mehr als 2 hl im Besitz eines Nachsteuerpflichtigen, so ist der gesamte Vorrat nach- zuversteuern. Mehrere Betriebsstätten desselben Inhabers werden zusammengerechnet.
Anmeldungsordrucke können von den Zollämtern be- zogen werden.
Den 28. April 1922.
Zollamt I Calw: Veigel.

Aufforderung zur Nachversteuerung von Zucker.
Wer am 1. Mai 1922 Zucker im Besitz oder Gewahr- sam hat, muß ihn spätestens bis zum 5. Mai 1922 dem Zollamt seines Bezirks zur Nachversteuerung anmelden. Zucker, der sich am 1. Mai 1922 unterwegs befindet, ist vom Empfänger anzumelden, sobald er in dessen Besitz gelangt ist.
Von der Anmeldung und Nachversteuerung sind Mengen bis zu 100 kg Reingewicht frei. Befinden sich mehr als 100 kg in dem Besitz eines Nachsteuerpflichtigen, so ist der gesamte Vorrat nachzuversteuern. Mehrere Personen, die Zucker gemeinsam aufbewahren, werden als eine Person angesehen.
Die Anmeldung kann schriftlich erfolgen oder ist zu Protokoll zu erklären.
Den 28. April 1922.
Zollamt I Calw: Veigel.

Calw, den 28. April 1922.

Unsere liebe treubeforgte und herzensgute Mutter

Frau Kath. Dipp
geb. Stanger

ist heute sanft entschlafen.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:
Paul und Eugen Dipp.
Beerdigung Montag 2 Uhr.

Unterhollbach, den 28. April 1922.

Danksagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, besonders auch denen, welche in den schweren mit Geduld ertragenen Leidestagen unserer lieben treubeforgten Gattin und Mutter

Marg. Barb. Pfommer

stehend vor dem Gnadenthron unser gedacht, sowie auch für alle erwiesene Liebe bei der Beerdigung

sagen herzlichen Dank.

In tiefer Trauer:
Familie Pfommer.

Reinigen Sie Ihr Blut!

Dr. Busch's Blutreinigungstee „Malkur“ ist der Beste. Zu haben in der Ritter-Drogerie Calw.

Bettnäher Dank!

Herr Joh. Bürkle in Rohrdorf bei Nagold dankt herzl. für Heilung seines Kindes von Bettnäherkrankheit durch die Bettnäherkur des Heilkundigen Mich. Bogtjamer in Wünnen, Klengestr. 73. (Nachb. Verlan)

Tapeten

in großer Auswahl auf Lager
Emil G. Widmaier
Bahnhofstraße.

Kopfungszweier mit Brust



erhält bei: Alte Apotheke F. E. Reichmann.

1 Schaufenster

1x1,7 Meter mit Futter und Laden hat zu verkaufen.
Eugen Lebzetter,
Lederstraße 119.

Gutes Heu

kauft.

Gest. Angebote an Güterbeförderer Baner.

!! Sommersprossen !!

Ein einfaches wunderbares Mittel teile ich gern jedem kostenlos mit.
Frau M. Poloni,
Hannover, L 396,
Schlieffach 106.

Sauber gewaschen wie neu gebügelt

pünktlich geliefert erhalten Sie von der

Neuwäscherei Phönix

Ihre

Kragen

Manschetten, Vorhemdenu. Oberhemden

Annahmestelle:

Geschw. Stanger,
Obere Marktstraße 23.

Bestende geg. Nachnahme

Fahrrad-Summi

Fahrrad-Mantel 135 Mk., prima Qualität 150 und 185 Mk., extra prima Qualität 195 Mk., Gebirgsdeckel 105 und 195 Mk., la Gleitschuh extra prima 215 Mk., Fahrrad-Schläuche prima Qualität 38 u. 45 Mk., extra prima Qualität 52 Mk., extra prima Qualität 58 Mk.

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Emil Levy, Hildesheim.

Guterhaltene

Haustüre samt Oberlicht, und **5 Fenster**

zu verkaufen.
Obere Marktstraße 31.

Geschäfts-Empfehlung.

Mache hiemit die verehrliche Einwohnerschaft von Calw und Umgegend von der Uebernahme der bisher von der Firma Carl Konzelmann, Untere Marktstraße 71 in Calw betriebene

Kupferschmiede und Verzinnerei

aufmerksam und bitte, das derselben seither entgegengebrachte Wohlwollen auch auf mich übertragen zu wollen.
Beste und prompteste Ausführung soll mein Leit-Prinzip sein.

Anton Müller, Calw, Metzgergasse 322.

Zavelstein, den 27. April 1922.

Ich beehre mich, der werten Bevölkerung von Stadt und Land mitzuteilen, daß ich das

Colonial- und Eisenwaren-Geschäft

von Fräulein B. Wiedenmayer übernommen habe.

Ich werde bemüht sein, das Vertrauen der Kundschaft, welches die Familie Wiedenmayer jahrelang genossen hat, dem Hause zu erhalten. Mein Ruf als Geschäftsmann, den ich mir in mehr wie 30 Jahren in weiterer Umgebung erworben habe bürgt für reelle Bedienung bei billigen Preisen. Ich bitte um geneigten Zuspruch

Gustav Schröfel.

Altensteig.

Zur Saat

empfehle:

la badischen **Stockhammeln,** la mündlichen **Leinjamen,** la badischen und hobentloher **Rotkleesamen,** la **Grasjamen-Mischungen**

in best heimischer Ware zu den billigsten Tagespreisen.

Ehr. Burghard, jun.
Ferienprediger 19.



Alte Möbel werden wie neu durch **KIWAL** Polituren u. Aufzüge mit **POLITUR-VOCKE** als Polituren der Hausarbeit **MATTE-VOCKE** abgeleitet.

Verkaufsstellen:
Ritterdrogerie, Carl Ser va.

Eine noch guterhaltene

Futter-schneidmaschine, für Handbetrieb, verkauft am Montag Mittag 1 Uhr

Karl Reutter, Schreiner, Stammheim.

Ein erstmals 8 Wochen kräftiges



Mutter-schwein

verkauft. Wer sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

Frig Hoffmann, Schweine-Berand  **Fellbach** bei Stuttgart Fernspr. 141.

— Größte modernste Betriebsanlage. —

Vorteilhafteste Bezugsquelle bei Einzel und Mehrbedarf

Regelmäßiges Eintreffen großer Transporte kleiner und großer **Hannoveraner Einstellschweine** (Spez. Hoyaer Schlag)

zur Mast und Zucht weitaus bestgeeignete Tiere. Direkter Versand zu billigsten Tagespreisen nach lebenden Gewicht nicht nach Alter. Transportmaterial gegen freie Rücksendung zur Verfügung. Besondere große Portien an Vereine etc. durch eigenes Kastrauto, wodurch große Frachtpartien.

N.-B. Diese Woche großer frischer Bestand.

Weizen-Mehl

feinste Marken empfiehlt sachweise und im Kleinen

Otto Jung.

Eine gute

Rug- und Schaff-Ruh

36 Wochen trüchtig, oder eine schöne trüchtige

Kalbin verkauft

Ehr. Stärner.

Der große Erfolg durch

Regenoline bei allen Haar-Krankheiten

Chemische Fabr. Sulka G. m. b. H., Freiburg i. B. Niederlage:

S. Obermatt, Calw

Verband nach auswärts.

Auf

I. Hypothek

wird ein größerer Posten anzunehmen gesucht. Angebote unter E. C. 99 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Alle Sorten

Gemüse- u. Salat-Seglinge, Pflanzen für Gräber schmuck und Gärten

empfecht in bekannt guter Ware

Philipp Mast, Gärtnerel.

Altburg.

Eine 35 Wochen trüchtige

Schaff-Ruh

verkauft

Matthäus Kling.

Spindlershof.

Eine ältere

Ruh samt Kalb

ist dem Verkauf aus.

Michael Pfommer.

Friedrich Eisele
Anna Eisele
geb. Späth

Vermählte

Miefenforf (Cöln-Dellbrück) **Sirsau**

29. April 1922

Lichtspieltheater Bad. Hof

Morgen Sonntag Mittag 3 Uhr, abends 8 Uhr

Sizilianische Blutrache

in 5 Akten mit Beiprogramm

Erstklassiges Programm.

Gasthof zum

„Röhlen Brunnen“, Bad Leinach.

Am kommenden Sonntag, 30. April

Tanz-Unterhaltung

wozu freundlichst einladet

Georg Rieker und Frau.

Bad Liebenzell.

Morgen Sonntag findet

im Gasthaus zum „Waldhorn“


große Hundeschau

statt. Zu zahlreichem Besuch laden freundlichst ein

mehrere Hundezüchter.

B. B. Z.

Montag Vortrag.



Vormaisch-

bottiche Lehmöfen

Rauchkasten (schwarz und verzinkt) ertigen als Spezialität

Gebr. Dongus, Deckenpfronn

Obacht Hausfrauen!

Alle Möbel werden wie neu durch Möbelputz

„Wunderschön“

Fr. Lamparter, Calw, Gg. Pfeiffer, Calw, Otto Vinçon, Calw.

Eine ältere

Bohrmaschine

für Handbetrieb, mit drehbarem Tisch u. Schraubstock, für Landhandwerker auch Landwirt sehr gut geeignet, verkauft

Louis Ruhn, Schlosserm.
Calw, Metzgergasse.

Ernstmühl.

Das Café ist ab

nächsten Sonntag

wiedereröffnet und empfangen sich

Geschw. Mutschler.

Achtung

Um der Brennstoffnot vorzubeugen

empfehle ich

Maschinen-preß-Sorff

und nehme Bestellungen entgegen

G. Eitel.



Alle Musikinstrumente für Haus und Orchester von den einfachsten Schülern bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, aller Zubehör, Saiten u. s. w. in reicher Auswahl empfiehlt

Musikhaus Curtz, Pforzheim, Leopoldstr. 17

Arkadenkiedäisch-Rohbrücke

Großhandlung Einzelverkauf

Ausführung all. Reparaturen und Stimmen.

Nr. 10

Erklärung

Reklamen

Nach den un...
feiern ab...
genommen.
stößen zwisch...

Der Papst hat...
der er den...
normalen B...
sich sehr erf...
Franzosen a...

Das Memorand...
werden. An...
zu erfassen, i...
Den Charakt...

Was die den...
über der russ...
wohl weil d...
Die Sachver...
deutsch-russis...
dingungen ge...
fische Setzpr...
fort, daß ab...
zwischen Den...
den sein jedoc...
gischer Form...
schaftlichen...
Auslandsbank...
gegen spricht...
Reparations...
einer Anteil...
Finanzleute,
Stellen verha...

Die Lloyd

Genua, 30.

der Erörterung
George betont
Umständen am
die Konferenz
mit Russland
unter auch Gr...
dereträge mi...
ist der Ansicht,
zeichnen sei un...
schlusses, eine...
russischen Sch...
herstellen zu lo...

über

Genua, 29.

der Note der fr...
Abkommens mit
stellung Russlan...
liche Wiederherst...
denken in Form...
bischen Gesellsch...
es nötig, daß d...
Früchte seiner...
frühtiger Kredite...
wären, die alsda...
Unternehmern d...
und Düngemittel...
zum größeren...
nähen ausgebeut...
men zu lassen un...
selbst übernehmen...
mittel und Kapita...
Gang gefeht wi...
nahmen zur Boro...
Konfortiums un...
Bildung beschloß...
Russlands zu hel...
wisse Länder ber...
fern können, die